

**Rede
des Sprechers für Baupolitik**

Dirk Adomat, MdL

zu TOP Nr. 2b

Aktuelle Stunde

2 Zimmer, Küche Bad unbezahlbar – die Landesregierung muss beim Wohnungsbau nachlegen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/199

während der Plenarsitzung vom 24.01.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

preiswerter Wohnraum wird knapp. Das ist eine Tatsache, der wir uns stellen müssen und der wir uns stellen werden. Die Entwicklung auf diesem Teil des Wohnungsmarktes ist besorgniserregend. Und hierfür sind viele Faktoren ausschlaggebend.

Die Niedrigzinsen der letzten Jahre haben in erster Linie zu einem guten Angebot bei den höheren Mieten geführt. Dadurch ist gleichzeitig das Bauland teurer geworden und für den sozialen Wohnungsbau kaum noch finanzierbar. Hinzu kommt die massiv zunehmende Spekulation insbesondere durch große Grundstücksgesellschaften auf dem Wohnungsmarkt. Also die Wette der internationalen Finanzmärkte auf weiter steigende Mieten bei sinkenden Kosten und somit höhere Renditen.

Nicht zuletzt war sozialer Wohnungsbau auch im kommunalen Bereich in den letzten Jahren – vor dem Hintergrund der zu sanierenden Haushalte – kein Schwerpunktthema.

All das haben wir erkannt.

Wohnen ist für jeden Menschen ein Grundbedürfnis. Unser Ziel ist es, noch mehr preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Mit der sozialen Wohnraumförderung wollen wir Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen unterstützen.

Den Studenten in der Stadt. Menschen mit Behinderung. Den älteren Menschen im ländlichen Bereich, dessen Haus einmal Teil der Altersversorgung sein sollte, jetzt aber nicht mehr unterhalten werden kann, weil ein Partner pflegebedürftig geworden ist. Jeder von Ihnen kennt diese Fälle.

Dem niedersächsischen Wohnungsbau kommt in dieser Legislaturperiode eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Jahr 2019 laufen die Kompensationsmittel des Bundes aus, und wir werden jährlich einen namhaften Betrag für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Auch für den Bau von Studentenwohnungen wird zeitnah ein entsprechender Betrag etatisiert.

Wir wollen die Baustandards flexibilisieren, entsprechend den Beschlüssen der Baukostensenkungskommission des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen von Bund und Ländern.

Die Instrumente der „Konzertierten Aktion Bauen und Wohnen“ wollen wir weiter nutzen und fortentwickeln.

Preiswert allein ist uns aber zu wenig. Ziel der sozialen Wohnraumförderung müssen attraktive sozial durchmischte Quartiere sein, die kinder- und familienfreundlich sind. Quartiere, die von Anfang an nachbarschaftliche Angebote enthalten.

Und Förderung allein ist uns zu wenig. Wir können nicht gegen die rasant steigenden Baukosten fördern. Wir müssen in den Dialog mit allen Akteuren treten. Wie z. B. den Baugesellschaften, den Kommunen, der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen und den Gewerkschaften, um ein Bündnis für preiswertes Wohnen zu schmieden.

Uns ist auch die Bedeutung des preiswerten Wohnens für den Standort Niedersachsen bewusst. Im Kampf um die Arbeitskräfte ist das Wohnraumangebot wieder zu einem bedeutenden Faktor geworden.

Das sind alles dicke Bretter. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir diese Aufgaben in dieser Legislaturperiode mit Erfolg angehen werden.

Vielen Dank.